

NEW S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

Nr. 9

Oktober 2006

Politische Erklärung zur Gefahr durch die extreme Rechte in Europa Europäische Initiativen sind gefordert!

0. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels, warnt – wie schon auf ihrer Internationalen Konferenz „60 + 1 Jahr Antifaschismus in Europa“ vom Mai 2006 im Europäischen Parlament – vor einem zunehmenden Einfluss extremer Rechter in verschiedenen europäischen Ländern.

1. Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg war es die einmütige Überzeugung der Völker der Welt, nie wieder Faschismus, Rassismus und Antisemitismus oder nationalistischen Chauvinismus zu tolerieren.

2. Schon mehrfach mussten antifaschistische Kräfte in den vergangenen Jahren vor einem Wiederaufleben extrem rechter Kräfte in der europäischen Politik warnen. In Österreich und Italien kamen rechtspopulistische Politiker zur Regierungsgewalt. In Frankreich erreichten offen faschistische Kräfte erschreckende Stimmengewinne bei den letzten Präsidentschaftswahlen.

3. Während sich diese Gruppierungen jedoch noch als Bestandteil des parlamentarischen Systems in Europa verstanden, müssen wir aktuell einen zunehmenden Einfluss von gewalttätigen Gruppen der extremen Rechten feststellen. Einige Beispiele:

In **Ungarn** greifen Hooligans, rechte Skinheads und Anhänger der neofaschistischen MIEP (Partei für Leben und Gerechtigkeit) öffentliche Gebäude des Rundfunks, der Regierungspartei und das Parlament an.

In **Deutschland** ziehen Abgeordnete der gewaltbereiten neofaschistischen Szene in Fraktionsstärke in das zweite Landesparlament ein.

In **Großbritannien** verzeichnet die BNP, die für gewalttätige rassistische Auseinandersetzungen in britischen Städten verantwortlich ist, deutliche Stimmengewinne bei den Kommunalwahlen.

In **Russland** wurden in den vergangenen Wochen verstärkt gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer oder Menschen aus der transkaukasischen Region registriert.

In **Belgien** ermordete ein Anhänger des Vlaams Belang in Antwerpen mehrere Personen, weil sie Ausländer waren, und

in **Dänemark, Österreich und Schweden** erreichen offen gewaltbereite ausländerfeindliche Parteien zunehmenden gesellschaftlichen Einfluss.

Hinzu kommen gesellschaftlich oder staatlich gestützte Formen geschichtsrevisionsistischer Bestrebungen, wie in verschiedenen **baltischen Staaten und Ungarn**.

4. Diese Beispiele sind nur „die Spitze des Eisbergs“ einer Entwicklung, die durch die EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) und andere gesellschaftliche Organisationen als

zunehmend bedrohlich für „Fremde“ und für Ausgegrenzte innerhalb der Mehrheitsgesellschaft beschrieben wird. Nicht Integration und interkulturelle Dialoge, sondern Ausgrenzung, Xenophobie und religiös legitimierte Verfolgungen sind auf dem Vormarsch. Dazu gehört auch eine staatliche Politik der gesellschaftlichen Ausgrenzung von „Fremden“, wie in mehreren ehemaligen Republiken der Sowjetunion oder in der Schweiz. Demokratische Rechte und Freiheiten sind vor diesem Hintergrund bedroht.

Die Gründe dieser Entwicklung sind von Land zu Land verschieden. Zumeist sind es jedoch reale soziale Probleme der gesellschaftlichen Veränderung, die von neofaschistischen Demagogen in eine rassistische Perspektive gelenkt werden. Daher muss eine Strategie des Handelns gegen solche menschenfeindliche Politik verbunden werden mit dem Eintreten für sozial gerechte und menschenwürdige Verhältnisse in den jeweiligen Ländern.

5. Die FIR begrüßt, dass sich in den meisten europäischen Ländern bereits unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, Parteien und Bewegungen der Zivilgesellschaft gemeinsam gegen die dortigen Kräfte der extremen Rechten zur Wehr setzen.

Die FIR warnt vor dem zunehmenden Einfluss extrem rechter Kräfte, der das politische Klima in Europa nachhaltig negativ beeinflussen kann. Unsere Mitgliedsorganisationen müssen mit großer Aufmerksamkeit diese Entwicklung verfolgen und in ihren jeweiligen Ländern zur Entwicklung demokratischer Gegenwehr beitragen.

Die FIR ruft auf, mit europäischen Initiativen solchen Entwicklungen mit konkretem gesellschaftlichem Handeln zu begegnen. Die Mitgliedsorganisationen werden ihre Kraft in solche Aktivitäten einbringen.

Die FIR bietet daher allen demokratischen Organisationen, gesellschaftlichen Kräften und Institutionen an, an Bündnissen und Aktivitäten gegen diese bedrohlichen Entwicklung mitzuwirken.

Die FIR fordert die politisch Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern und in der Europäischen Union auf, dem Handeln gegen solche Entwicklungen ein größeres Gewicht beizumessen. Es müssen weitere Mittel für zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rassismus und Xenophobie, für die Stärkung von Demokratie und Dialog bereitgestellt werden.

Die Mitgliedsverbände der FIR werden auch zukünftig ihrer Verpflichtung gerecht werden für die Vernichtung des Faschismus „mit seinen gesellschaftlichen Wurzeln“ und die „Errichtung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“.

Der Exekutivausschuss der FIR
Beschlossen am 29. September 2006

Sitzung des FIR - Exekutivausschusses in Moskau

FIR diskutiert politische Lage und beschließt zukünftige Arbeitsaufgaben

Am 29. September 2006 tagte der Exekutivausschuss (EA) der FIR auf Einladung des russischen Komitees der Kriegsveteranen in Moskau. Leider war unser griechischer Kamerad Christos Tsintzilonis aus terminlichen Gründen verhindert.

Auf der Tagesordnung stand die Diskussion der aktuellen Lage in Europa mit den verschiedenen Erscheinungsformen des Vormarsches extrem rechter Kräfte. Die Mitglieder des EA berichteten aus ihren Ländern von gewalttätigen Übergriffen gegen Ausländer und „Fremde“ und von politischen Unruhen – geschürt durch extrem Rechte, von der Bildung neofaschistischer Zellen in der Armee sowie von Wahlerfolgen offen rassistischer und faschistischer Parteien und Gruppen.

Während demokratische und antifaschistische Organisationen in der Gesellschaft dagegen Widerstand entwickeln, agieren staatliche Organe oftmals widersprüchlich, teilweise gar als Förderer von Geschichtsrevisionismus und sozialer Ausgrenzung von Fremden oder der Verfolgung antifaschistischer Aktivitäten. Diese Entwicklung ist keine nationale Angelegenheit mehr, sondern erfordert internationale Aktivitäten. Daher hat die FIR eine politische Erklärung auf dieser Sitzung diskutiert und verabschiedet, die allen Mitgliedsverbänden und gesellschaftlichen Kräften übermittelt werden soll (siehe Dokument).

In einem zweiten Teil befasste sich der EA ausführlich mit dem Vorschlag des belgischen „Institut des Vétérans“ für eine große **internationale Jugendbegegnung in der Gedenkstätte Buchenwald**. Jean Cardoen,

Mitarbeiter des Instituts, stellte als Gast der Sitzung den aktuellen Stand der Planung vor. Ausführlich wurde die politische Bedeutung der Erinnerungsarbeit in Buchenwald und die damit verbundenen Aspekte der Geschichte von Verfolgung und Widerstand, der in der Selbstbefreiung am 11. April 1945 mündete, thematisiert.

Die FIR macht das Angebot, die Aktivitäten des „Instituts des Vétérans“ als gleichberechtigter Partner zu unterstützen und besonders über die Kontakte zu den Mitgliedsverbänden Veteranen und Angehörige der jungen Generationen aus allen Teilen Europas zu gewinnen. Die FIR übernimmt dabei auch die Aufgabe, die Vertretung der ehemaligen Häftlinge in Paris (IKBD) und in Deutschland anzusprechen (weitere Details, siehe: Jugendbegegnung in Buchenwald geplant). Es wurde eine gemeinsame Vorbereitungsgruppe von „Institut des Vétérans“ und FIR geschaffen.

Auf der Sitzung wurden noch einmal die Bedeutung und Wirkung unserer Konferenz im Mai in Brüssel ausgewertet. Die Konferenz hat – besonders in unseren Mitgliedsverbänden – eine große Resonanz gefunden. Die Teilnehmenden haben erlebt, dass die FIR eine lebendige Organisation ist, die sich den Gegenwarts- und Zukunftsfragen stellt. Es war eine sehr wichtige Tagung und der EA sprach noch einmal seinen Dank und seine Anerkennung an Michel Vanderborcht und alle

Partner in Brüssel aus. Auch wenn noch nicht alle Beiträge der Konferenz schriftlich vorliegen, wird bereits jetzt eine Publikation in drei Sprachen vorbereitet. Zur Kalkulation einer möglichen Auflagenhöhe werden so bald wie möglich alle Mitgliedsverbände informiert und Vorbestellungen abgefragt.

Auch dieser Sitzung lagen weitere Einladungen zu Konferenzen und Veranstaltungen der Mitgliedsverbände vor. Die Mitglieder des EA bemühen sich, solche Einladungen wahrzunehmen, da auch der persönliche Kontakt wichtig für die Verbindung zwischen den nationalen Verbänden ist. Auf der Sitzung ist außerdem eine wichtige Personalentscheidung getroffen worden. Der durch den Tod des Kameraden Wladimir Werewkin-Rachalski vakante Platz eines Vizepräsidenten wird von nun an – nach Abstimmung mit dem russischen Komitee der Kriegsveteranen – durch den Kameraden Generaloberst Anatoli Bogdanow ausgefüllt. Damit erwarten wir eine wichtige Verstärkung unserer Beziehungen zu den Veteranenkomitees der ehemaligen Sowjetrepubliken. Gleichzeitig unterstreicht diese Entscheidung die große Bedeutung dieses Verbandes für die zukünftige Arbeit der FIR.

Ulrich Schneider
Generalsekretär

Der russische Kriegsveteranenverband feierte seinen 50. Geburtstag

Unter großer Anteilnahme von Veteranen des großen vaterländischen Krieges und der Partisanen beging der russische Verband der Kriegsveteranen Ende September 2006 in Moskau sein Jubiläum.

Gegründet als sowjetischer Verband der Kriegsveteranen im Jahre 1956 führen die russischen Veteranen dessen Tradition heute in allen Funktionen fort. Das Komitee hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Veteranen des Krieges zusammenzufassen, ihre sozialen und gesellschaftlichen Interessen zu vertreten und ihre Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus zu bewahren und an die nachgeborenen Generationen weiterzugeben.

Unter aktiver Mitwirkung des legendären Marschalls der Sowjetunion Georgi Shukow wurde der Verband gegründet. In den folgenden Jahren standen verdiente Generäle der roten

Armee an der Spitze des Verbandes, wie z.B. Maresjew oder Goworow.

Von Anfang an war der Verband internationalistisch orientiert. Darunter verstand man sowohl die enge Verbundenheit zwischen den Kämpfern aus den verschiedenen Völkern der Sowjetunion, als auch einen aktiven Beitrag in den Strukturen der FIR. Die Zahl der Repräsentanten des sowjetischen und später russischen Komitees der Kriegsveteranen in den Gremien der FIR ist sehr groß.

Eine wichtige Entwicklung nahm der sowjetische Verband durch die Erweiterung seines Namens vorweg. Er öffnete sich für Nachgeborene, indem der Verband jüngere ehemalige Militärangehörige aufforderte, im Sinne der Kämpfer des großen Vaterländischen Krieges Mitglied des Verbandes zu werden. Unter den etwa 700.000 Mitgliedern sind heute daher nicht nur Veteranen und Partisanen, sondern auch ehemalige Militärangehörige, die

nach 1945 ihren Dienst in der Armee geleistet haben. Damit ist der Verband in der Lage, seine aktuellen Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Die weltweite Anerkennung unter den Veteranen- und Widerstandskämpferorganisationen wurde auf der Jubiläumsfeier deutlich. Große Delegationen aus der Ukraine, aus Belarus und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken waren anwesend. Aber auch Delegationen aus Belgien, Bulgarien, China, Deutschland, Finnland, Israel, Italien, Kroatien, Mauritius, Polen, Serbien und Ungarn konnten begrüßt werden. Sie alle erlebten eine beeindruckende Feierlichkeit, die mit einem Besuch des großen Gedenkparks für die Kämpfer und Opfer des großen Vaterländischen Krieges eröffnet wurde. Nach dem Besuch des Museum, der mit einer militärischen Zeremonie eingeleitet wurde, legten die Delegationen an verschiedenen Monumenten Kränze nieder, so an der Säule für die Kämpfer der Anti-Hitler-Koalition und für die Kämpfer der Spanischen Republik, die später an der Seite der roten Armee kämpften. Der Vormittag des zweiten Tags war bestimmt durch Gespräche und Begegnungen der internationalen Delegationen mit dem Präsidium des russischen Kriegsveteranenverbandes. Der neu gewählte Präsident, Marschall der Luftwaffe Efrimow, und sein erste Stellvertreter,

Generaloberst Anatoli Bogdanow, begrüßten die Delegierten und nahm die Glückwünsche anlässlich des Jubiläums entgegen.

In der beeindruckenden Kulisse der Erlöserkirche fand am Nachmittag der eigentliche Festakt statt. Marschall Efrimow erinnerte an die Tradition der Arbeit und formulierte die aktuellen und zukünftigen Aufgaben, bevor der Vertreter der russischen Regierung und der Stadt Moskau die politischen Grüße von Präsident Putin und Bürgermeister Luschkow überbrachten. In Vertretung aller ausländischen Delegationen sprach Michel Vanderborcht als Präsident der FIR auf dieser Veranstaltung. Er unterstrich die Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit und der engen Verbindung zu den jungen Generationen. Er erinnerte an das gute Beispiel der Brüsseler Konferenz der FIR vom Mai 2006 und teilte unter dem Beifall der Gäste mit, dass Generaloberst Bogdanow neuer Vizepräsident der FIR sei. Anschließend erlebten die etwa 1000 Gäste ein eindrucksvolles Konzert von Sängern und Tänzern der russischen Armee. Dieser Festakt war sicherlich ein Höhepunkt in der Arbeit des russischen Komitees, aber er ist auch Ausgangspunkt für weitere vielfältige Initiativen in den kommenden Jahren.



Der Exekutivausschuss im Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Russischen Komitees der Kriegsveteranen Marschall der Luftwaffe Efrimow.

**Zum Tode von
Joop Smidt (1924 – 2006)
Mitglied des Ehrenpräsidiums**

Mit Traurigkeit teilen wir mit, dass unser Kamerad Joop Smidt in der Nacht vom 4. / 5. Oktober 2006 - nach schwerer Krankheit - gestorben ist.

Joop, geboren am 6 April 1924, ist in einer Arbeiter- / Beamtenfamilie aufgewachsen. Schon als Junge hat er sich im Widerstand verdient gemacht. Er arbeitete bei der Niederländischer Eisenbahngesellschaft. Von Zentral Bahnhof Utrecht sind viele Juden deportiert worden. Manchmal gelang es zu sabotieren. Joop war beschäftigt mit der Verbreitung von Flugblätter gegen die Nazis.

Nach der Befreiung hat Joop zusammen mit anderen Antifaschisten den Aufbau einer Antifaschistischer Verein vorbereitet. Er hat viele Jahre Schulung gegeben an die jüngeren Generationen. In der FIR hat sich Joop viele Jahre zusammen mit Kameraden aus Mitgliedsländern für das Zustandekommen der FIR - Beschlüsse eingesetzt.

Joop war Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR und hat seine Arbeit als Ratgeber für uns bis zum Ende seines Lebens vollbracht. 2004 war es gesundheitshalber für ihm nicht mehr möglich am FIR Kongress in Berlin teilzunehmen. Joop hat die Fackel des Antifaschismus weitergegeben an die junge Generation. Mit diesem Auftrag behalten wir Joop für immer in unserer Erinnerung,

Annabelle Schouten, Vertreterin bei der FIR für die AFVN/BvA
AntiFascistische Oudverzetsstrijders Nederland/Bond van Antifascisten
Piet Schouten, Vorstandsmitglied AFVN/BvA

**Kondolenzschreiben der FIR
Zum Tode von General Wladimir Goworow (1924 – 2006)
Mitglieds des Ehrenpräsidiums**

Mit tiefer Trauer haben wir Kenntnis nehmen müssen vom Tod des Präsidenten des russischen Komitees der Kriegsveteranen, des Mitglieds im Ehrenpräsidium der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Generals Wladimir Goworow, Held der Sowjetunion.

Im Namen des Exekutiv Ausschusses und aller Mitgliedsvereinigungen möchten wir die unsere tiefe Sympathie und Anteilnahme der FIR dem russischen Komitee der Kriegsveteranen und der Familie der Verstorbenen übermitteln.

General Wladimir Goworow, in 1924 geboren, erfüllte seine Aufgabe im Großen Vaterländischen Krieg und bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus. Später war er viele Jahre Repräsentant des russischen Komitees der Kriegsveteranen.

General Wladimir Goworow nahm im November 2004 in Berlin am XIII. Kongress der FIR teil und trug dazu bei, dass die Gemeinschaft der Vereinigungen des antifaschistischen Kampfes eine neue organisatorische und politische Zukunft im 21. Jahrhundert fand. Dass er auf dieser Konferenz einmütig zum Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR ernannt wurde, ist ein Zeichen für die globale Akzeptanz seiner politischen Arbeit und seiner Bedeutung in der internationalen Gemeinschaft der Vereinigungen des antifaschistischen Kampfes.

Wir sind sicher: Er fehlt nicht nur in der erneuerten Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten, er fehlt auch im russischen Komitee der Kriegsveteranen.

In diesem Sinne möchten wir Ihnen unser aufrichtiges Beileid übermitteln. Drücken Sie bitte auch der Familie von General Goworow unsere tiefempfundene Sympathie aus.

Michel Vanderborght (Präsident)

Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär)

Erklärung der FIR zum Krieg im Nahen Osten
Stoppt die militärische Eskalation in Nahost! Waffenstillstand sofort!
Keine NATO – Truppen nach Nahost!

Angesichts der verheerenden Folgen für die Menschen in Israel und dem Libanon senden wir als Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten (FIR) einen dringenden Appell an alle Kriegsparteien in Nahost, die Eskalation der militärischen Gewalt unverzüglich zu stoppen und wieder Verhandlungen über eine gemeinsame Lösung des Konfliktes aufzunehmen.

Wir sind uns einig mit unseren Partnerverbänden in Israel und in der ganzen Welt, dass in keiner Weise das Existenzrecht des Staates Israel und das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, so wie es in unzähligen Resolutionen der Vereinten Nationen betont wurde, in Frage gestellt werden darf. Dazu gehört es auch, die friedenssichernden Rolle der UNO anzuerkennen. Ein falscher Weg wäre die Entsendung von NATO-Truppen, wie sie in der politischen Öffentlichkeit diskutiert wird.

Eine Friedenslösung kann nicht militärisch, sondern nur auf dem Verhandlungswege und in Respekt der territorialen Integrität aller Beteiligten gefunden werden. Ein wichtiger Schritt wäre die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und die nachdrückliche Einflussnahmen auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden und sofort einen Waffenstillstand herzustellen.

Wir warnen in diesem Zusammenhang auch vor einer Zunahme von Antisemitismus und Antiislamismus in unseren eigenen Ländern. Wir müssen erleben, wie Gruppen der extremen Rechten die militärische Eskalation im Nahen Osten für die Verbreitung ihren rassistischen Parolen nutzen.

Noah Flug, Vorsitzender des Internationalen Auschwitz Komitees
an den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad
Auszug aus dem Brief vom 31. August 2006

Seit Sie an die Macht kamen, haben wir von dem Zentralausschuss der Organisationen der Holocaust Überlebenden in Israel Ihre Auftritte und Ihre rassistischen Aussagen verfolgt und auch die Tatsache, dass Sie ein offener Verleugner des Holocaust sind. Wir haben auch die Ausstellung der rassistischen Karikaturen, die z.Z. in Teheran gezeigt wird, zur Kenntnis genommen.

Wir fragen uns, ob Sie nicht wissen, was geschahen, oder ob Sie es nicht wirklich wissen möchten, was geschah? Sie schrieben der Kanzlerin von Deutschland, Angela Merkel, vor kurzem einen Brief. Entsprechend Ihrer Deutung ist es möglich, dass der Holocaust von den Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges erfunden wurde, um Deutschland zu beschämen. Dieses ist nicht das erste Mal, dass Sie die Tatsache bezweifeln, dass 6 Millionen Juden von den Nazis ermordet wurden. In der Vergangenheit haben Sie sogar behauptet, dass der Holocaust ein Mythos ist,

der verwendet wird, um die Errichtung des Staates Israel zu rechtfertigen.

Im Lichte dessen bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass Ihnen selbst Stammtisch-Wissen zum Thema fehlt, und ich möchte hoffen, dass Ihre Auftritte aus einem Mangel an Wissen resultieren und nicht aus Bosheit. Möglicherweise ist die Zeit gekommen, dass Sie Ihren Kenntnissen weiteres Wissen zum Themas hinzufügen.

Zu diesem Zweck möchte ich Sie einladen, das Konzentrationslager Auschwitz zusammen mit den Mitgliedern des Internationalen Auschwitz Komitees – sie repräsentieren Polen, Tschechen, Ungarn, Deutsche, Österreicher, Franzosen, Belgier, Holländer, Briten, Amerikaner und andere Gefangene – zu besuchen.

Dort sind wir in der Lage, Ihnen aus erster Hand zu erläutern, wie die Nazi – Vernichtungsmaschine funktionierte und Million Menschen, Juden und auch Nicht-Juden, tötete.

Ein Denkmal für SS-Angehörige aus Belgien und den Niederlanden in Estland

Eine Versammlung von Veteranen der 20. SS-Division fand in dem estnischen Ort Sinimäe am 20. August 2006 statt. Die Teilnehmer weihten Denkmäler für die SS-Angehörigen aus Belgien und den Niederlanden ein.

Die Denkmäler tragen Hakenkreuze, Flaggen sowie Inschriften auf estnisches, französisch und niederländisch und glorifizieren "die Verdienste" der SS dieser Länder, die dort umkamen.

Die Denkmäler ist ein Teil einer Gedenkstätte für die estnische SS, die bereits in der Vergangenheit aufgestellt wurde. Während dieser Zeremonie wurde die nationale Flagge der Niederlande am Denkmal der holländischen SS gehisst. Die belgische Nationalflagge wurde dort nicht entfaltet. Seine Excellenz der Botschafter von Belgien in Estland, Herr Pierre Dubuisson erklärte in den estnischen Medien, dass in seinem Land "die Belgier, die in Estland gekämpft hatten, als Verräter betrachtet werden, die Teil der Nazi-Kollaboration bilden". Entsprechend der Agentur Interfax waren ca. 300 alte estnische, belgische und holländische SS-Angehörige, aber auch junge "Skinheads", schwarze T-Shirts tragend, anwesend.

Sie bejubelten die Grußadressen im Namen der ehemaligen belgischen, holländischen und deutschen SS-Angehörigen. Der estnische Abgeordnete, Herr Trivimi Velliste erklärte, dass "die Esten nicht vergessen sollten, dass vom historischen Gesichtspunkt, Estland immer zwei Feinde hatte: Russland und Deutschland".

Der Sekretär des estnischen antifaschistischen Komitees, Herr Andrei Zarenkov, erklärte, dass es "besonders empörend ist, dass bei solch einer Gelegenheit Symbole des estnischen Staates öffentlich verwendet werden." "Es bringt mich in Verlegenheit, zu sehen, dass der Botschafter von Belgien zu solch einer Tatsache reagierte, während die Behörden meines eigenen Landes sich tot stellen. Als estnischer Bürger fühle ich mich unwohl in einem Land, in dem die SS, die durch das Gericht von Nürnberg verurteilt worden ist, in ihren Denkmälern glorifiziert wird, während die Behörden versuchen, die Denkmäler zu entfernen, die den estnischen patriotischen Kämpfern eingeweiht wurden, die im Kampf gegen Faschismus gestorben sind".

Er verwies darauf, dass während der Versammlung die Aktivisten des estnischen antifaschistischen Komitees ein Buch verbreiteten mit dem Titel: "Die Verbrechen der Faschisten und ihrer Mittäter in den baltischen Staaten (Estland)".

Videofilme, Aufzeichnungen und Photographien, die durch die Aktivisten des Antifaschistischen

Komitees gemacht worden waren, werden genutzt, um eine Dokumentation zu erstellen, um die Versuche der Revisionisten, die die Geschichtsdarstellung des zweiten Weltkrieges ändernd wollen, deutlich zu machen.

Wenn Mörder zu Helden werden.

In der Vereinigung der jüdischen Gemeinschaften von Russland (FCJR) herrscht großes Entsetzen über die Schaffung eines Denkmals, das der ehemaliger SS im Nordosten von Estland geweiht wurde. Der Direktor der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeiten der Vereinigung, Herr Boruh Gorine erklärte bei einem Treffen mit Journalisten, dass "die Errichtung der Denkmäler für die SS-Soldaten in Estland einen weiteren Versuch der Behörden des Landes darstellt, die Mörder und Peiniger in Helden des Krieges für die Unabhängigkeit umzuwandeln.

Es liegt auf der Hand, dass der Freispruch der Nazis, ihre Darstellung als Helden ein Indiz des Zustands der Politik von Estland bildet. Das schockiert und macht perplex." "Man versteht besser, warum in diesem Land der Europäischen Union die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung erlaubt wird, verbunden damit werden alle Türen geöffnet, Beispiel jener "Helden" zu folgen, denen man die Denkmäler errichtet."

Boruth Gorine ist überzeugt, dass "all dies nur zu einer Wiedergeburt der menschenfeindlichen Ideologie des Nazismus, der viele Million Menschen zum Opfer fielen, beiträgt."

Folgerichtig, so der Repräsentant des FCJR, ist es die natürliche Reaktion eines normalen Menschen die Möglichkeit der Errichtung solcher Denkmäler zu verurteilen. "Es ist das Verhalten, das der Botschafter von Belgien in Estland, seine Excellenz Pierre Dubuisson, zeigte, als er die Verwendung der Symbole seines Staates während der Eröffnungszeremonie untersagte", unterstrich B. Gorine.

Unter diesen Umständen verstehe er nicht "das Schweigen der Europäischen Gemeinschaft, die gerade über die Notwendigkeit des Verbots von Symbolen sogar des Nazismus, dem Hakenkreuz, diskutiert hatte."

"Die Vereinigung der jüdischen Gemeinschaften erwartet eine ausreichende Beurteilung dieser neofaschistischen Aktivität nicht nur im Namen der Europäischen Union, sondern im Namen der ganzen demokratischen Welt", erklärte der Repräsentant der Vereinigung der jüdischen Gemeinschaften.

Interfax, NEWSru RUS Media und FRONT(Belgien).

Mikis Theodorakis: „Gesamtheit der Verbrechen der USA aufdecken“

Die Kampagne für die „Miami 5“ kann nur erfolgreich sein, wenn insgesamt über Ziele und Machenschaften des Imperialismus aufgeklärt wird: Ein Gespräch mit dem griechischen Komponisten, das am 12. September in der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Griechenlands KKE „Rizospastis“ veröffentlicht wurde.

Rizospastis: Die USA setzen ihre aggressive Politik gegen Kuba unvermindert fort. Ein Ausdruck dieser Politik ist die Verurteilung von fünf kubanischen Aktivisten, den „Miami 5“, die in den USA inhaftiert sind, weil sie als Agenten ihr Vaterland verteidigt haben. Was ist Ihre Meinung zu diesem Fall?

M. Th.: Die jungen Kubaner werden bereits seit acht Jahren in amerikanischen Gefängnissen festgehalten. In der Zwischenzeit haben sowohl der Sachverständigenrat der Menschenrechtskommission der UNO am 27. Mai ihre Inhaftierung als willkürlich und illegal erklärt, und das Berufungsgericht in Atlanta am 9. August ihre Verurteilung für ungültig interpretiert. Doch die zuständigen Behörden der USA stellen sich taub. Das wundert mich nicht, denn die Supermacht ignoriert seit langem die UNO und auch ihre eigene Justiz. Nach dem 11. September 2001 hat sie sogar ihre Verfassung, was die persönlichen Freiheiten ihrer Bürger angeht, verletzt. Erst vor kurzem hat Bush zugegeben, daß verstreut über die ganze Welt geheime Gefängnisse existieren – nur Gott weiß, welche Folterorgien dort abgehalten werden, aber Bush bezeichnet diese als »nützlich« für die Bekämpfung des

Terrors. Man hat das Bonbon »Terrorismus« gefunden, um die eigenen Verbrechen zu legitimieren. So, wie zu anderer Zeit Hitler die Juden und die bösen „Roten“ entdeckte. Vor unseren Augen gibt es ein naziartiges Konzentrationslager, Guantánamo, provozierend und unerträglich. Doch die Mächtigen der Welt tun so, als würden sie es nicht sehen, während die Völker, in der Mehrheit in der Zange ihrer amerikafreundlichen Führungen gefangen, im Grunde stillhalten.

R.: Am 12. September hat eine internationale Kampagne für die sofortige Freilassung der fünf Kubaner begonnen. Glauben Sie, daß sie erfolgreich sein kann?

M. Th.: Auf Grunde dessen, was ich vorher gesagt habe, will ich unterstreichen, dass die Kampagne meiner Meinung nach nur Erfolg haben kann, wenn sie von einem aufklärenden Aktionsplan, der die Gesamtheit der verbrecherischen Aktivitäten der USA aufdeckt, begleitet wird. Diese Verbrechen geschehen ja nicht, weil es in jenem Land einige schlechte und boshafte Menschen gibt, sondern sie ereignen sich im Rahmen einer Dynamik, die die USA in ein militaristisches aggressives imperialistisches Land, mit klar neonazistischer Ideologie verwandelt haben, das auf lange Sicht eine internationale Herrschaft anstrebt. Beginnend mit den „einfach“ anzugreifenden Ländern und methodisch zu weiteren Zielen fortschreitend, von denen es einige schon angekündigt hat.

»... stets ein Ehrenname«

Festliche Veranstaltung in Berlin zum 70. Jahrestag der Bildung der Internationalen Brigaden. Über 400 Antifaschisten würdigten Vermächtnis der Spanienkämpfer

Erstmals in seiner Geschichte befasste sich der Deutsche Bundestag am Freitag mit dem Kampf deutscher Freiwilliger an der Seite der Spanischen Republik – und sprach sich mehrheitlich gegen eine von der Linksfraction beantragte »längst überfällige« Würdigung ihres antifaschistischen Freiheitskampfes in Spanien aus. »Das andere Deutschland, dessen antifaschistischer und demokratischer Impetus nach dem Zweiten Weltkrieg im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert wurde« – wie es im Antrag hieß – hat hierzulande schlechte Karten.

Darauf verwiesen am Sonnabend während des Festaktes zum 70. Jahrestag der Bildung der Internationalen Brigaden im Traditionskino »Babylon« gleich mehrere Redner, die als Gäste die Parlamentsdebatte am Vortag verfolgt hatten. Zu ihnen gehörten auch Santiago Carrillo, ein enger Kampf- und Weggefährte der legendären »Pasionara« Dolores Ibarruri, der im Herbst 1936 zur Verteidigungsjunta in der von den Franco-Putschisten bedrohten Hauptstadt Madrid gezählt hatte, außerdem der ehemalige

Interbrigadist, spätere KZ-Häftling und heutige Ehrenvorsitzende des Internationalen Auschwitzkomitees, Kurt Goldstein, sowie Harald Wittstock. Der Vorsitzende des Vereins der »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939« (KFSR), der gemeinsam mit der VVN-BdA ins »Babylon« eingeladen hatte.

Doch es war beileibe keine nostalgische Veteranenversammlung, die sich hier, über verwandtschaftliche Bande hinaus, generationenübergreifend zusammengefunden hatte, um den Freiwilligen der Freiheit ihre Reverenz zu erweisen. Mehr als 400 jüngere und ältere Antifaschisten erlebten einen kämpferischen Nachmittag, aus der nicht nur Carrillo und Goldstein als Redner herausgehoben zu werden verdienten. Einmal mehr dankte der inzwischen 91jährige Interbrigadist hierbei dem spanischen Volk, dessen Regierung am 22. Oktober 1936 die Bildung Internationaler Brigaden beschlossen hatte, für die damit deutschen Antifaschisten nach der Niederlage von 1933 gegebene Möglichkeit, erhobenen Hauptes und mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus kämpfen zu können. Santiago Carrillo, der in bewegenden Worten diesen internationalistischen und solidarischen Einsatz würdigte, schlug zugleich den Bogen in die Gegenwart: Der damals begonnene Kampf für Frieden, Freiheit und Demokratie sei noch lange nicht beendet, denn das heute die Welt dominierende System würde immer noch

Führer hervorbringen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit Hitler nicht verleugnen könnten. Um das Überleben der menschlichen Gattung zu sichern, sei die Umgestaltung dieser Gesellschaft eine historische Notwendigkeit. Und beide Redner versicherten übereinstimmend, bis zum letzten Atemzug für die Ideale einzustehen, für die sie einst den Kampf aufgenommen haben.

Dazu gehörte nicht zuletzt der Widerstand gegen die aktuell auftretenden neonazistischen Gespenster. Daran erinnerte mit Bezug auf die jüngsten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern Dietmar Bartsch, Bundestagsabgeordneter und Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS, der gemeinsam mit dem Ehrenvorsitzenden der Partei, Hans Modrow, auch an der anschließenden Würdigung am Denkmal der Spanienkämpfer am Rande des Friedrichshains teilnahm. Auch in dieser Abendstunde wurden, wie schon im Babylon, die Lieder des spanischen Freiheitskampfes angestimmt, die wohl für alle Zeiten mit dem Namen Ernst Buschs verbunden sind. An dessen Wirken hatte zuvor Manfred Wekwerth, Freund des Sängers und langjähriger Präsident der DDR-Akademie der Künste, mit einem besonderen filmischen Porträt erinnert, in dem einmal mehr Buschs Ballade der XI. Brigade zu hören war: »... Brigada Internacional bleibt stets ein Ehrenname.«

Peter Rau, Aus: Junge Welt, 02.10.2006

Nachrichten

»Griechenland wurde nicht entschädigt« Opfer von Massakern der Wehrmacht klagen. Europäischer Gerichtshof muss entscheiden.

Ein Gespräch mit Ioannis Stamoulis

Rechtsanwalt Ioannis Stamoulis vertritt die Opfer des Nazimassakers vom 13. Dezember 1943 im griechischen Kalavryta

Soldaten der Wehrmacht ermordeten am 13. Dezember 1943 im griechischen Kalavryta 696 Menschen. Warum wird der Fall momentan vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verhandelt?

Als Opfer von Nazimassakern in Griechenland begonnen haben zu klagen, erklärte der deutsche Staat, dass dafür lediglich deutsche Gerichte zuständig seien. Er bezog sich auf den völkerrechtlichen Grundsatz der

Staatenimmunität, der Klagen im Ausland ausschließt. Demgegenüber steht die Brüsseler Konvention von 1968, die in Handels und Zivilklagen das Recht einräumt, in dem Land zu klagen, in dem die Tat begangen wurde. Für die EU als geschlossenes Rechtsgebiet gilt, dass nationale Gerichte auch über Fälle entscheiden können, die in irgendeinem Zusammenhang mit anderen Mitgliedsländern stehen. Artikel 5 der Brüsseler Konvention legt fest, dass für Schäden, die durch Angehörige eines anderen

Landes verursacht wurden, die Gerichte der Region zuständig sind, in denen sie entstanden sind. Daraus folgt, dass in unserem Fall des Massakers der Nazis in Kalavryta das Bezirksgericht von Kalavryta zuständig ist. Unsere Klage dort wurde jedoch abschlägig beschieden, weil zwar gegen einen einzelnen deutschen Bürger geklagt werden könne, nicht jedoch gegen den deutschen Staat, der Immunität genieße. Aufgrund dieser Entscheidung legten wir Berufung beim Oberlandesgericht Patras ein, das auf unseren Antrag hin dem zuständigen Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage vorlegte, ob Staaten der EU sich nach der Brüsseler Konvention auf Staatenimmunität berufen können oder nicht.

In diesem Prozess fand die erste Verhandlung am 28. September statt. Mit welchem Ergebnis?

Wir haben erläutert, dass Völkerrechtsverbrechen wie das Massaker von Kalavryta nicht ungesühnt bleiben dürfen. Der Klageweg muss jedem Bürger offen stehen und zwar dort, wo das Verbrechen begangen wurde. Nach europäischem Recht haben bei Fragen an den EuGH, die nationale Angelegenheiten betreffen, alle Mitgliedstaaten der EU das Recht, sich zu äußern. In unserem Fall waren die Niederlande, Italien und Polen vertreten. Polen hat unsere Auffassung unterstützt, während Italien und Holland sich der Auffassung des Vertreters Deutschlands anschlossen. Am 8. November wird in einer weiteren Gerichtssitzung der Staatsanwalt dem Gericht eine Entscheidung vorschlagen. Mit

dem Urteil rechnen wir erst in etwa drei Monaten.

Kalavryta ist nicht der einzige Ort, an dem die Nazis Massaker begangen haben. Was passiert in den Fällen der anderen Menschenrechtsverbrechen?

Fast überall in Griechenland wurden Verfahren angestrengt. Der Oberste Gerichtshof in Griechenland, Aeropag, hat allerdings mit sechs zu fünf Stimmen entschieden, dass Deutschland Staatenimmunität genießt und damit alle Verfahren zunächst einmal eingefroren. Im Fall Distomo haben griechische Gerichte jedoch eine unanfechtbare Entscheidung gefällt, nach der Deutschland verpflichtet ist, die Opfer des dortigen Nazimassakers bzw. deren Angehörige zu entschädigen. Diese Entscheidung sollte durch Pfändung von Eigentum des deutschen Staates, wie dem Goethe-Institut und der deutschen Schule, vollstreckt werden. Das griechische Justizministerium verweigerte jedoch die nötige Einwilligung. Hiergegen haben wir Widerspruch bei der Genfer Kommission für Menschenrechte eingelegt.

"junge Welt" vom 5. Oktober 2006

Der Präsident der FIR und zahlreiche Mitgliedsverbände haben die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof politisch unterstützt. In den nächsten Ausgaben des Bulletins informieren wir über die Entscheidung des Gerichts.

Ungarn

**Vilmos Hanti, Präsident von MEASZ,
anlässlich der Einweihung der Erinnerungstafel „Zum Gedenken der Ungarn, die im
Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren.“**

Wir haben uns hier heute versammelt, um zu erinnern. Zu erinnern an den schrecklichen Krieg, der grausame Verlust unter der ungarischen Bevölkerung verursacht hat. Zu erinnern an ungefähr eine Million ungarischer Opfer.

Wir wissen sehr gut, dass Kriege nicht mit dem Waffenstillstand beenden sind oder wenn die kämpfenden Seiten einen Friedensverträge gerade unterzeichnet haben.

Der Frieden in den Seelen kommt wahrhaftig nur dann, wenn es einen Weg und einen Platz gibt, damit jeder seine/ihre Toten ohne

Unterscheidung beklagen kann; seine/ihre Toten, die möglicherweise kein wirkliches Grab haben, wie diejenigen, die durch den Rauch in einem Vernichtungslager nach oben stiegen, vermodert auf einem Schlachtfeld in einem sinnlosen Krieg oder deren letzten Rest im Massengrab eines Gefangenenlagers zu finden sind.

Dieses Denkmal, das heute eröffnet wird, gehört allen Landsleuten von unser, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind. Es gehört denen, die Befehle befolgten und denen, die gegen solche Aufträge sich wehrten. Denen, die

dann der ungarische Staat an die Front schickte, als Soldaten oder Zwangsarbeiter. Es gehört auch denen, die in den Reihen der verbündeten Armeen oder in der europäischen Partisanenbewegung kämpften und fielen.

Moderne Kriege verursachen breitere Verwüstung unter der Zivilbevölkerung als unter Kämpfern. Dieses Denkmal dient der Erinnerung der friedlichen Zivilopfer der Luftangriffe und der Straßenkämpfe; dient dem Gedächtnis der Verschleppten, der politischen Gefangenen in den Konzentrationslagern, den verschleppten "malenkij Robot" (Zwangsarbeiter) oder einfach der Opfer von Umständen. Es ist höchste Zeit, die dieser Frieden in der Seele von allen uns geschaffen wird.

Wie Sie wissen, bin ich hier in einer Doppelfunktion. Durch Beauftragung der ungarischen Regierung, unter der Leitung von Árpád Göncz, war ich das stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, der entschied, dieses Denkmal zum 60. Jahrestag des Zweiten Weltkrieges zu errichten. Gleichzeitig bin ich der Präsident der ungarischen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten.

Wenn ich meinen Kopf senke zum Gedenken aller ungarischen Opfer des Krieges, möchte ich mich mit Respekt und - brechend mit einer fehlerhaften und schuldhaften Praxis der letzten Dekaden - ohne Ausschließung der bekannten und unbekannt ungarischen Märtyrer erinnern. Im Gegensatz zu allen Gerüchten gab es - und das nicht in kleiner Zahl - Menschen, die ihr Leben riskierten oder sogar opferten aus politischen Gründen. In ihren Reihen waren, neben Repräsentanten der verschiedenen

linken Gruppen, auch rechtsgerichtete Leute: Zionistische Widerstandskämpfer, Repräsentanten der römisch-katholischen, der protestantischen und anderer Kirchen, Beamte, Militär -, Gendarmerie- und Polizeioffiziere, sowie organisierte Arbeiter, Studenten und andere einfache Leute, die nur aus humanistischer Neigung heraus handelten.

Ihr Opfer ist das unschätzbare Erbe unseres ungarischen Staates, in hohem Grade geschätzter Wert in unserem europäischen Haus. Es ist ein allgemeines Erbe, das nicht in Lager aufgeteilt sein darf. In dieser Tradition gibt es Platz für die römisch-katholische Nonne St. Sára Salkaházi, Erzbischof Ferenc Kalló, Endre Bajcsy-Zsilinszky, Generalleutnant János Kiss und seine Kameraden, sowie für Endre Ságvári, Hanna Szenes oder Dr. Ferenc Jahn, - um nur einige ausgewählte Persönlichkeiten zu nennen.

Bei dieser festlichen Einweihung möchte ich meine Hoffnung ausdrücken, dass dieses Denkmal ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die nationale Spaltung zu überwinden, bedeutet.

Viele Krämpfe des 20. Jahrhunderts - voll von Tragödien - erwarten Auflösung in unseren Seelen, um in der Lage zu sein, weiter zu handeln. Nach dem spanischen Beispiel sollte hier in dem ungarischen "Tal der Gefallenen" jeder seine/ihre Blumen zum Gedächtnis seines/ihrer Toter legen. Hier, so ist die Hoffnung, wird die Trauer die „Erinnerung besänftigen zum Frieden“. Lasst es so sein, dann können wir unsere gemeinsamen Angelegenheiten wirklich regeln.

Budapest, 2. September 2006



Europäische Jugend auf den Gleisen von Demokratie und Freiheit Internationales Jugendtreffen in der KZ Gedenkstätte Buchenwald geplant.

Das belgische „Département Mémoire de l'Institut des Vétérans et Victimes de Guerre“, eine Einrichtung des belgischen Verteidigungsministeriums, ist mit einer faszinierenden Idee an verschiedene Partner herangetreten. Voraussichtlich Anfang 2008 soll in der KZ Gedenkstätte Buchenwald ein Internationales Jugendtreffen mit 1000 Teilnehmenden aus allen Teilen Europas stattfinden.

Die Symbolik des Ortes und des Datums liegen auf der Hand. Das KZ Buchenwald war ein zentrales Lager, in dem Menschen aus über 30 Nationen eingekerkert waren, es war ein Ort des Leidens, des Martyriums und der Opfer. Aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen wurden Menschen hier gefangen gehalten. Ab 1944 trafen auf dem Ettersberg auch Häftlinge aus dem Vernichtungslager Auschwitz ein.

Buchenwald ist aber auch ein Symbol für den Überlebenswillen der Häftlinge, die Solidarität, den Kampf und die Befreiung. Das Internationale Häftlingskomitee und die Rolle der internationalen Militärorganisation der Häftlinge bei der Selbstbefreiung am 11. April 1945 sind ein sichtbares Zeichen dieses Mutes und der internationalen Solidarität. Das Vermächtnis der Häftlinge, der „Schwur von Buchenwald“ ist eine Orientierung für antifaschistische Arbeit bis heute.

Das Treffen selbst steht im Zusammenhang mit der Erinnerung an den 70. Jahrestag

der Errichtung des Lagers im Sommer 1937 und der Verpflichtung der heutigen Generationen zur Bewahrung der Erinnerung und zum verantwortlichen Handeln. 1000 Jugendliche, die größte Zahl von ihnen aus Belgien und Deutschland, sollen mit Überlebenden des Lagers zusammentreffen, um die Stafettenübergabe zu dokumentieren.

Die FIR ist vom « Département Mémoire de l'Institut des Vétérans et Victimes de Guerre » aufgefordert worden, als gleichberechtigte Partnerorganisation an der Vorbereitung mitzuwirken. Wir werden insbesondere im Kontakt mit dem Internationalen Komitee Buchenwald- Dora und Kommandos in Paris, mit den deutschen Verbänden und allen unseren Mitgliedsverbänden daran arbeiten, dass Überlebende des Lagers und junge Menschen aus allen Teilen Europas an diesem Treffen teilnehmen werden.

Wir werden finanzielle Mittel zur Absicherung von Reisekosten ebenso beantragen, wie eine politische Förderung dieser Begegnung durch transnationale Institutionen. Damit werden wir unserer Verpflichtung gerecht, das Vermächtnis der Opfer und der Überlebenden an die heutigen Generationen weiterzugeben.

Weitere Details zur Planung werden wir allen Mitgliedsverbänden später übermitteln.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),
Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D- 10243 Berlin, Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung (neu!): Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107**,
Kontoinhaber FIR , IBAN **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-BIC: **PBNKDEFF**
Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben.